

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

555 (20.12.1924) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

mit **Industrie- u. Handelszeitung** und der **Wochenschrift „Die Pyramide“**

Bezugspreis: halbjährlich M. 1.30 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 1.20. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.00 einschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt bei der Zustellung werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheft abgenommen. Einzelverkaufspreis: Borträge 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Anzeigenberechnung: für die 9 gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Restameile 50 Pfg., an erster Stelle 70 Pfg., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhalten des Zahlungsbillets, bei gerichtlichem Beitreibung und bei Kontofürten außer Kraft tritt. Geschäfts- und Familienanzeigen sowie Stellenangebote ermäßigter Preis.

Chefredakteur: H. v. Loe. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für den Nachrichtenenteil: Hans Bock; für Wirtschaft, Stadt und Leben: Helm. Gerhardt; für Feuilleton: H. Beld; für „Pyramide“: Karl Jobst; für „Inferate“: S. Schröder; sämtliche in Karlsruhe, Druck und Verlag: C. F. Müller, Karlsruhe, Albrechtstr. 1, Berliner Redaktion: Dr. Richard Hüster, Berlin-Steglitz, Gehrenstr. 17, Telefon Amt 51110. Für unersetzte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Ehrenpreise der Redaktion von 11 bis 12 Uhr, Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanlage: Geschäftsstelle Nr. 15 — Hauptredaktion Nr. 19 — Schriftleitung Nr. 20 — Verlag Nr. 21, 297 und 1923 / Postfach-Nr. 952 Amt Karlsruhe

Ein interessantes Geständnis.

Der englische Außenminister über die Taktik des Vertragsbruchs.

Erklärungen Chamberlains.

TU. Paris, 20. Dezember.

Chamberlain hat gestern Abend Vertreter der englischen und auswärtigen Presse empfangen und Angaben über die englische Politik im allgemeinen gemacht. Diese Angaben lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Genfer Protokoll: Die englische Regierung wird ohne Anhörung der Dominions keinen Beschluß fassen. Die Vertreter der Dominions werden in naher Zukunft zu einer Besprechung in London eintreffen. Wahrscheinlich werden an dem Protokoll einige Abänderungen vorgenommen werden.

2. Schuldenfrage: Die englische Regierung hat ihr Wort verstanden und beabsichtigt, ihre Schulden bis auf den letzten Penny zurückzahlen. Sie erkennt an, daß Frankreich seine Verpflichtungen nicht außer acht lassen darf unter dem Vorwand, daß es mit der Bezahlung seiner Schulden an ein anderes Land beginnen muß.

3. Abrüstung und Sicherungen: Die englische Regierung ist nicht in der Lage, die Frage vor Anhörung der Dominions über das Genfer Protokoll zu erörtern.

4. Räumung Köln: Die englische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß jede Hinausschiebung der Räumung dieser Zone der deutschen Obstruktionspolitik zugezogen werden muß. Die Regierung wird vor Kenntnisnahme des Berichts der Kontrollkommission keine Entschlüsse fassen können.

5. Moskaufrage: Die Politik der englischen Regierung zielt auf die lokale Beschränkung der Aufständischen ab. Die englische Regierung verurteilt die Ereignisse in Nordafrika mit großer Aufmerksamkeit. Sie erachtet es für nicht, daß sich die nichtbeteiligten Staaten in die Marokkofrage nicht einmischen dürfen.

„Die Sicherheit Europas höchst bedroht!“

Ein Heftartikel des „Temps“ gegen Deutschland. (Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 20. Dez.

Je näher der Termin des 10. Januar, also des durch den Versailler Vertrag für die Räumung der Kölner Zone festgesetzten Tages heranrückt, umso härter wird das Trommelgeschrei, das jetzt von französischen Offiziellen und offiziellen Stellen losgelassen wird, um die sogenannte öffentliche Meinung in den Entente-Ländern dahin zu beeinflussen, daß gar nicht daran gedacht werden könnte, diesen Räumungstermin einzuhalten, weil

Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen wäre.

Besonders bezeichnend ist hierfür der heutige Artikel des offiziellen „Temps“. Nach diesem sind und Her muß der „Temps“ zugeben, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen pünktlich nachkommen sei, denn solange es den Dawes-Plan loyal durchführe, erfülle es auch seine Reparationsverpflichtungen. Anders wäre es natürlich mit der Abrüstung. Wenn rein äußerlich gesprochen, die Internationalisierte Militärkontrollkommission ihren Bericht nicht rechtzeitig fertigstellen könnte, so trüge natürlich auch lediglich Deutschland die Schuld daran. (1) denn es habe die Kontrolle verhindert oder zum mindesten zum größten Teil erschwert. Nachdem dieser Bericht erstattet wäre, müßte erst die Votschafkonferenz sich damit befassen, und diese müßte dann den einzelnen Regierungen darüber berichten. Diese hätten dann darüber zu beraten; kurz,

es wäre gar nicht daran zu denken, daß rein technisch die Frage noch bis zum 10. Januar geklärt werden könnte.

Außerdem sei dies aber schließlich ganz gleich, denn Deutschland müsse nicht nur materiell, sondern auch moralisch abrüsten (1) und die materielle Entwaffnung Deutschlands sei überhaupt ohne weiteres gar nicht zu kontrollieren, was A. B. die Herstellung von giftigen

Gasen anbelangt oder die Umstellung der Privatindustrie auf die Anfertigung von Kriegsmaterial usw. Ferner läme aber noch ein sehr weites Moment dazu, nämlich das Schicksal Deutschlands auf die sogenannten fünf Punkte von Ende 1922, denen Deutschland immer noch nicht entsprochen habe.

Ferner hat es dem „Temps“ besonders der deutsche Generalstab (1) angetan, der für die Bedürfnisse Deutschlands viel zu groß sei und außerdem sei es höchst unstatthaft, daß Deutschland wie im Monat September derartige große Manöver (1) durchführe, die im Grunde genommen nur Vorbereitungen auf Offensiven gegen die Tschechoslowakei und Polen gewesen seien.

Dies alles — und dies ist der Zweck des ganzen Artikels — beweise also nur, daß man zu Deutschland kein Vertrauen haben könne und daß infolgedessen die Sicherheit Europas höchst bedroht sei. (1)

Deutsche Gegenmaßnahmen?

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.) Dr. R. J. Berlin, 20. Dez.

Die Frage der Räumung der Kölner Zone steht im Mittelpunkt des Interesses der gesamten internationalen Politik. Die gesamte Presse der Entente beschäftigt sich mit dieser Frage, und eine Meldung des Pariser „Journal“, die sich auf Berliner Informationen gründet, wird hier in Berlin besonders beachtet. Das Pariser „Journal“ teilt nämlich heute mit, die deutsche Regierung werde sich nicht bemühen, gegen die von England angekündigte Hinausschiebung der Räumung von Köln einen sehr scharfen Protest zu erlassen. Die deutsche Regierung sei entschlossen,

mit wirtschaftlichen Mitteln

gegen den Vertragsbruch vorzugehen. Die Maßnahme werde sich in erster Linie gegen Frankreich richten, auf dessen Wunsch Köln erst gleichzeitig mit der Ruhr geräumt zu sehen, man in Berlin den ganzen Konflikt zurückführe.

Die wirtschaftlichen Repressalien erhoffe Deutschland aus der Tatsache zu gewinnen, daß die wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen von Versailles am 10. Januar erlöschen, wogegen es schon so gut wie sicher sei, daß bis zum 10. Januar kein deutsch-französischer Handelsvertrag mehr zustande kommen könnte.

Wenn also am 10. Januar Köln nicht geräumt werde, so werde Deutschland eine provisorische Verlängerung der Versailler Wirtschaftsbestimmungen verweigern und einen wirtschaftlich vertragslosen Zustand eintreten lassen.

Ein hoher Beamter der Wilhelmstraße soll einem alliierten Diplomaten gesagt haben: „Frankreich muß bedenken, was ihm dann der 10. Januar kosten kann.“

WTB. London, 20. Dez.

Der Kölner Berichterstatter der „Times“ hebt in einem Telegramm aus Köln hervor, daß die deutschen Blätter aller Richtungen und die politischen Führer aller Parteien Cursons Erklärung ernst kritisierten und zwar mit einem derartigen Ernst, wie er seit dem Augenblick der Besetzung noch nie wahrgenommen worden ist.

„Morning Post“ berichtet aus Berlin, die republikanischen Parteien seien äußerst enttäuscht, denn sie hätten allen Ernstes für ein besseres Verhältnis mit den Alliierten gearbeitet. Cursons Erklärung erregte bei ihnen die Befürchtung, daß ihre Bemühungen umsonst gewesen seien.

Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgericht?

B. New York, 19. Dez. (Eig. Dienst des R. T.) In offiziellen Kreisen hat man den Eindruck, daß Coolidge und Borah darüber einig sind, daß die Vereinigten Staaten dem Haager Schiedsgericht beitreten wollen. Der Beitritt der Vereinigten Staaten scheint daher gewiß und dürfte binnen kurzem erfolgen.

Die neueste Deklaration des „Matin“.

TU. Berlin, 20. Dezember.

Der Berliner Vertreter des „Matin“ gab seinem Blatt die Meldung, daß die Generale der Reichswehr den General von Seeckt darauf hingewiesen hätten, daß die Nichtbeteiligung der Deutschnationalen an der Kabinettsbildung für die Reichswehr einen Grund zur Unzufriedenheit bedeute. General von Seeckt und Reichswehrminister Seeckt hätten dem Reichspräsidenten von diesem Schritt Mitteilung gemacht.

Wie die Telegramm-Union an zuständiger Berliner Stelle erfährt, ist die Meldung des „Matin“ frei erfunden. Sie ist der Serie von Deklarationen zuzurechnen, die in der letzten Zeit inematisch von der Pariser Presse verbreitet werden.

Allgemeine Mobilmachung in Albanien.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

E. London, 20. Dez.

Nach einer Meldung aus Durazzo hat die albanische Regierung die allgemeine Mobilmachung angeordnet.

B. Belgrad, 20. Dez.

Die die Agentur „Avala“ meldet, haben die Aufständischen die albanische Regierungstruppen über den Drin zurückgeworfen. Viele Anhänger von Fan Noli traten der Aufständischenbewegung bei. Die Bevölkerung hat den Kommandanten der Aufständischen begeistert empfangen. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wird die Lage der Regierung Fan Noli sehr kritisch betrachtet. In Regierungskreisen wird befürchtet, daß die Südlaven in irgendeiner Weise an der Aufständischenbewegung beteiligt seien und sie unterstützen.

Eine russische Probemobilmachung.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

E. Kiew, 19. Dezember.

Den Sowjetblättern zufolge hat vom 2. bis 5. Dezember eine Probemobilmachung der 56. Territorialschützendivision im Gouvernement Pleskau stattgefunden. Es handelt sich um den ersten derartigen Versuch in Sowjetrußland, zudem sowohl zwei Jahrgänge Reservisten als auch die Rekruten des Jahres 1902 eingezogen wurden. Da diese Probemobilmachung gerade an der estnischen Grenze und unmittelbar vor dem Revaler Putschversuch angeordnet wurde, wird man ihr eine symptomatische Bedeutung nicht absprechen können.

Die französisch-russischen Verhandlungen.

TU. Paris, 20. Dez.

„Matin“ stellte heute früh fest, daß die ersten Verhandlungen zwischen Kressin und dem Senator de Monzie einen wenig befriedigenden Verlauf genommen hätten. Man habe die Bildung eines großen Konsortiums unter Einziehung der Inhaber russischer Wertpapiere ins Auge gefaßt, die aber bestimmte Garantien verlangt hätten. Im allgemeinen bestche der Eindruck, daß die Sowjetregierung im Gegensatz zu den früheren ausdrücklichen Versicherungen Kressins und Rasowsky bei dem Meinungsaustausch keinerlei Verständigungswillen zeigte. Kressin gehöre wie Trotzki zu dem gemäßigten Flügel der Bolschewisten und könne zur Regelung der Schuldenfrage nur insofern Lösungen vorschlagen, als es ihm gelingen würde, den Moskauer Exekutivausschuh zu seiner Auffassung zu bekehren. Zusammenfassend bemerkt das Blatt: Die Verhandlungen zwischen Paris und Moskau in den letzten Woche seien ergebnislos verlaufen.

Gilbert wieder in Berlin.

TU. Berlin, 20. Dez. Der Generalagent Sir Parker Gilbert ist gestern Abend wieder in Berlin eingetroffen.

Die Lage der Rheinschifffahrt.

Von Bernhard Schoepf, Duisburg.

Mit Recht wendet sich das Interesse nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer europäischer Staaten den Problemen zu, die augenblicklich noch ungeklärte Sorgen weiter Teile Deutschlands bilden und über die hier am Rhein hin- und hergeritten wird mit einem Ernst, der allen schon auf ihre Bedeutung nicht nur für einen einzelnen Wirtschaftszweig wie die Rheinschifffahrt etwa, sondern für die gesamte deutsche und europäische Wirtschaft hinweist. In es doch bislang nicht gelungen, weder dem Reich noch, wenn auch in anderem Sinne, Frankreich die notwendige Umkehr von der bisher befolgten Politik gegenüber der Rheinschifffahrt und der rheinischen Binnenschifffahrt überhaupt, abzurufen.

Zwei Sorgen sind es, die die rheinische Wirtschaft und speziell die Rheinschifffahrt drücken: die aus politischen und wirtschaftsfeindlichen Absichten entspringende fortgesetzte Bedrückung durch Frankreich, — denen „großzügige“ Räumungsaktion wirklich nicht wert ist, daß man sich übertrübenden Herzens bei ihm so herzlich bedankt, wie es teilweise geschehen ist — zum andern die Wirtschaftspolitik des Reiches, die gegenüber der Binnenschifffahrt und besonders der Rheinschifffahrt leider das nötige Verständnis vermissen läßt.

Man hat sich bei uns und im Ausland nur allzusehr daran gewöhnt, die Sorgen und Nöte der deutschen Westmark seit dem — allerdings — unverkennbaren Umschwung in der alliierten Besatzungspolitik als erledigt und „überholt“ beiseite zu schieben und abtut nicht, in welcher außerordentlichem Maße Rhein und Ruhr noch unter den Nachwehen des Ruhrkampfes, der für die deutsche Idee mit heroischem Mute geführt wurde, zu leiden haben und wie der Rhein auch noch heute, wo der offene Kampf eingestellt ist, unter unzulässigen Bedrückungen und Einschränkungen zu leiden hat. Doch sollen hier die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme des Westens ausgelassen werden und nur das eine Gebiet, die Lage der Rheinschifffahrt, näher beleuchtet werden.

Deutschland ist auf dem Rhein in einer Weise einrechter worden, die den bestehenden Verhältnissen geradezu ins Gesicht schlägt. Frankreich, seinen Rheinschifffahrtsinteressen nach eine dritte Ordnung, gibt in der maßgebenden Zentralkommission für die Rheinschifffahrt zusammen mit Belgien, das überhaupt nur indirekt als Rheinteresse gelten kann, den Ausschlag. Auf Grund seiner politischen Vormachtstellung diktiert es nicht nur Deutschland, sondern auch Holland und der Schweiz seine Bedingungen, die nur darauf ausgehen, die Interessen der französischen Rheinschifffahrt auf Kosten der übrigen Anliegestaaten gewaltam und einseitig durchzudrücken. Es ist bekannt, wie es sich auf Grund des Versailler Vertrages ohne eigene Kosten eine Rheinflotte schuf, die nur auf vollkommen unwirtschaftlichen Prinzipien (den Reparationskohlentransporten usw.) sich aufbaute und die heute schon infolge der geradezu wahnwitzigen Behandlung des Schiffsmaterials im Verhältnis zu der zur Verfügung stehenden Tonnage fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Die vorübergehende Auffüllung der Bestände durch willkürliche und rücksichtslose Beschlagnahmungen deutschen Raubraums und deutscher Schlepper während des Ruhrkampfes hat hier keine Änderung zu schaffen vermocht. Andererseits liegen in dem größten Rheinhafen (der zugleich der größte Binnenhafen der Welt ist) in Duisburg-Ruhrort, seit Jahr und Tag Rähne bereit, die auf Grund des Versailler Vertrages gebaut und abgeliefert werden mußten, heute aber verrotten und verkommen sind, weil sich kein Mensch um sie kümmert. Aber auch das noch in Fahrt befindliche französische Schiffsmaterial ist größtenteils in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet.

Man hatte geglaubt, daß nach Befestigung der größten Schwierigkeiten, im Ruhrgebiet sich die Rheinschifffahrt in friedensähnlichem Maßstabe an der Bewältigung des Warenverkehrs würde beteiligen können. Es stellte sich jedoch in letzter Zeit heraus, zumal als von holländischer Seite enorme Anforderungen gestellt wurden, daß die technische Leistungsfähigkeit in außerordentlichem Maße infolge der französischen Gewaltpolitik abgenommen hat. Die Wertverminderung infolge der unsachgemäßen Behandlung des Materials durch die Franzosen während des passiven Widerstandes ist heute so groß, daß A. B. die Bewältigung des Kohlen- und Getreideverkehrs von und nach Holland auf dem Bahrwege ein Problem ist, das Deutschland und Holland die allergrößte Sorge macht und die Rheinschifffahrt vor eine vorläufig noch unlösliche Aufgabe stellt.

Das niederländische Zentralbüro für Statistik errechnet für Oktober 1924 eine Ein-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 14 Seiten.

Kohleneinfuhr nach Holland von 700 000 Tonnen im Werte von 10 378 000 fl. (im gleichen Monat des Vorjahres: 595 695 Tonnen im Werte von 10 513 000 fl.). Der deutsche Anteil betrug hieran 472 922 Tonnen, der englische 189 555 Tonnen. Die deutsche Einfuhr wird im Dezember und mehr noch im Januar ganz gewaltig steigen (die Einfuhr der teureren englischen Kohle geht immer mehr zurück) und man ist heute noch nicht in der Lage, anzugeben, mit welchem Frachtraum man diese Menge bewältigen soll.

Hieran kommen die Getreide- und Erzeugnisse-Transporte. In Rotterdam lagern gegenwärtig etwa 80 000 Tonnen Getreide, das auf deutsche Rechnung gekauft ist, wegen Mangels an Kadabraum aber nicht abgefahren werden kann. Die Rotterdammer Speicher sind sämtlich überfüllt. (Die allein in Rotterdam lagernden Getreidevorräte bedeuten das Frachtaquantum von etwa fünf Tagen).

Die Bewältigung der Erzeugnisse-Transporte wird von Tag zu Tag schwieriger, da die gewaltige Industrie des Ruhrgebietes langsam wieder in Gang kommt und zur Rohisen-erzeugung immer mehr Erze angefordert werden, deren Transport auf dem Wasserwege nur zögernd vor sich geht.

Die Krise wird in den nächsten Wochen in ein akutes Stadium treten. Entweder der deutsche Bergbau, der Getreidehandel oder die Großindustrie werden die Leidtragenden sein. Das Ausland, besonders aber England, liegt auf der Lauer, um in die Bresche zu springen und den Markt an sich zu ziehen.

Hier setzt sich die Unzufriedenheit der französischen Rheinpolitik aber auch in anderer Hinsicht: Mit allen Mitteln haben Frankreich und Belgien während der vergangenen Jahre versucht, den Rheinverkehr von der holländischen Seite ab- und auf Antwerpen hinzuverlegen. Innächt waren Rotterdam und Amsterdam die Gesandigten, jetzt ist es Deutschland in dem gleichen Maße, das sich durch den abnehmenden Verkehr im Rotterdammer Hafen von diesem, seinem eigentlichen Durchgangshafen zu sehr hat abteilen lassen und den französischen und belgischen Beherrschungen nicht immer den nötigen energischen Widerstand entgegenzusetzen hat.

Alle Bemühungen um die Rückkehr der deutschen Rheinpolitik werden erfolglos bleiben, ehe nicht in der französischen Rheinpolitik ein grundsätzlicher und nicht bloß oberflächlicher Umbruch eintritt. Bei den Handelsvertragsverhandlungen in Paris ist über die Belange der Rheinpolitik nur allzuwenig gesprochen worden.

Die deutsche Regierung erinnere sich ihrer Pflicht, einen ihrer wichtigsten Wirtschaftszweige zu schützen und für dessen Interessen mit allen verfügbaren Mitteln einzutreten.

Der Fall Billiet.

WTB, Paris 20. Dezember.

Man erinnert sich des Vorfalles, der sich am 16. Dezember vor der parlamentarischen Untersuchungskommission über den Ursprung des Wahlbills abspielte, als bekanntlich Senator Billiet sich weigerte, unter Eid Zeugnis abzulegen. Der Justizminister wurde mit der Angelegenheit betraut, der seinerseits die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben hat. Wie nun berichtet wird, hat das Gericht erster Instanz Anklage gegen Billiet erhoben, auf Grund des Gesetzes vom 29. März 1914. Nach dem bestehenden Gesetz muß Billiet in eine Geldstrafe von 100 bis 1000 Francs genommen werden. Die Anklage gegen ihn kann aber nur durchgeführt werden in den ersten Januar-Tagen nach der Schließung der außerordentlichen Session, die am 31. Dezember erfolgt bis zu Beginn der ordentlichen Session, die verfassungsmäßig am 13. Januar erfolgt. Während der Dauer der Tagung ist Billiet durch seine Immunität als Senator geschützt, es sei denn, daß seine Zeugnisver-

Weigerung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß als Crimippen auf frischer Tat angefaßt werde.

Vorläufig keine Marokko-Konferenz.

TU, Paris, 20. Dez.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Unterredung mit Admiral Magaz, der ausdrücklich die Gerüchte dementiert, nach denen die alliierten Mächte zur Behandlung des Marokkoprobems nächstens eine Konferenz einberufen würden. Spanien sei aber nicht abgeneigt, mit den verbündeten Mächten in Besprechungen einzutreten. Die Möglichkeit einer Uebernahme der spanischen Zone in Marokko durch Frankreich sei bisher noch nicht in Erwägung gezogen worden, und ein Meinungsaustrausch zwischen Madrid und London sei noch nicht erfolgt.

*

TU, Paris, 20. Dez.

„Chicago Tribune“ meldet aus Madrid: Das spanische Oberkommando in Marokko hat die Fremden Legion gegen die aufständischen Andjoras aufgegeben. Die Legionäre sind seit gestern in heftige Kämpfe verwickelt. Der Ausgang der Schlacht ist unbekannt, doch liegen Meldungen vor, die darauf schließen lassen, daß der Aufstand niedergeworfen werden kann. Den Grund für die Bewegung der Andjoras gab eine neue Verordnung des Spanier, nach der alle eingeborenen Stämme innerhalb der spanischen Zone die Waffen abgeben müssen.

WTB, Paris, 20. Dez.

Die aus Tanger berichtet wird, haben dort in der Zone von Anteras bis zur internationalen Zone hin, besonders aber in der Umgebung von Elkar-Seguir, heftige Kämpfe stattgefunden. Die Flieger haben eine große Anzahl Tränengasbomben abgeworfen. Die Straße von Tanger nach Tetuan ist von neuem für den Verkehr mit Autos geöffnet. Das Gerücht vom Tode Naitalis bestätigt sich nicht. In der Nähe seines militärischen Lagers hat ein heftiger Kampf stattgefunden.

*

Pr. Paris, 20. Dez.

Der „Temps“ meldet aus Tanger: Die Einnahme von Alcazar-Seguir und die Niederwerfung seiner Garnison war nur eine Episode der Erhebung der Andjora-Stämme gewesen. Die Vielfältigkeit der aufständischen Stämme hat zu der Bildung von zahlreichen Kolonnen geführt, die in Ost zu den bedrohten Plätzen eilen. Flugzeuge haben die Verpflegung derjenigen Posten übernommen, denen auf anderem Wege zu helfen im Augenblick unmöglich ist. Man kämpft in der unmittelbaren Umgebung von Ceuta, wo man sehr deutlich das Gewehrfeuer vernimmt.

Zumultszenen im polnischen Sejm.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

E. Warschau, 19. Dez.

In der heutigen Sejm-Sitzung entstanden schwere Zumulte, in deren Verlauf die jüdische Fraktion den Sitzungssaal demonstrierend verließ. Der jüdische Protest richtete sich gegen die von nationalistischer Seite angeforderte Entziehung der bisherigen Konzessionen für den Verkauf von Monopolwaren. Durch eine solche Entziehung würden mehr als 25 000 Händler in Polen brotlos werden. Ein weiterer Zumult entstand bei der Erörterung verschiedener Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten der nationalen Minderheiten und der Kommunisten. Der Sejm beschloß die Aufhebung der Immunität mehrerer ukrainischer Abgeordneter sowie von 5 Kommunisten, was bei den Linksparteien einen Entrüstungsaum hervorrief.

Der Prozeß des Reichspräsidenten.

TU, Magdeburg, 19. Dez.

Der zweite Verteidiger Rechtsanwalt Martin betonte, daß die meisten der sehr weitgehenden Streiforderungen auch von Herrn Ebert gebilligt worden seien. Das Flugblatt, das in aufreizender Sprache den Arbeitern zurief, sie sollten sich nicht einschüchtern lassen, sei von der Streikleitung einstimmig, also auch mit der Zustimmung des Nebenklägers herausgegeben worden. Diese Tätigkeit des Nebenklägers sei damals sicher Landesverrat gewesen. Durch Massenversammlungen einer jüdischen Menschenmenge, nicht durch verfassungsmäßige Mittel wollte man einen Druck auf die Regierung ausüben.

Der Verteidiger bespricht dann die Vorgänge in der Trepptower Versammlung und die Rede des Abg. Ebert. Ob Ebert aufgefordert habe, den Gestellungsbeschlüssen nicht Folge zu leisten, habe sich nur sehr schwer feststellen lassen. Zwei Zeugen haben das zwar bezeugt und die Nichtigkeit ihrer Aussagen wolle er nicht bezweifeln. Sie glauben heute offenbar, daß der Nebenkläger sich so geäußert habe. Ob diese Aussagen objektiv richtig sind, muß der Beurteilung des Gerichts anheimgestellt werden. Aber darauf komme es nicht an. Denn auch ohne diese Feststellungen ergeben die früher gemachten Feststellungen den Tatbestand des Landesverrats. Der Zeuge Eberst habe bezeugt, daß Ebert erklärt habe: Eure Forderungen sind gerecht. Es muß alles getan werden, um den Streit zu beenden. Haltet ruhig aus. Eure Arbeitsblätter stehen fest zu Euch. Mit solchen Worten könne niemals ein Mann operieren, der den Streit abwürgen will. Der Fall mit dem Bettel der Gestellungsbeschlüsse sei unerbittlich, weil die übrigen Feststellungen erübrigen.

Rechtsanwalt Martin betont zum Schluß seiner Ausführungen, daß der Abg. Ebert, wenn er den Streit für unvermeidlich gehalten habe, sich nicht an der Leitung beteiligen durfte mit der Begründung, daß im anderen Falle die Sozialdemokratie ihre Gefolgschaft verlieren hätte. Der Januarirecht war damals etwas ganz Neues, weil dadurch zum ersten Male die Sozialdemokratie das Parteinteresse dem Willen zur Landesverratsvermeidung voranstellte. Wenn Scheidemann am 9. November 1918 sagte: „Das Proletariat hat auf der ganzen Linie gesiegt“, so muß man hinzufügen: „Gesiegt über das zusammengebrochene Deutsche Reich.“

Der Staatsanwalt Dohmann betont in seiner Replik an die Verteidiger, daß § 185 wegen des vorliegenden Ausdrucks „Erbittert“ und der Aufforderung vorläufig unserer Kriegsmacht Nachteile zuzufügen hat. Wichtig sei das Wort des Zeugen Eberst: „Was Herr Ebert damals tat, war nicht Landesverrat, sondern Landesverletzung.“

Zum Schluß erklärte der Staatsanwalt, um den Vorwurf des Landesverrats gegen Herrn Ebert zu erhärten, müßte festgestellt werden, daß der Nebenkläger vorläufig unserer Kriegsmacht Nachteile zuzufügen hat. Wichtig sei das Wort des Zeugen Eberst: „Was Herr Ebert damals tat, war nicht Landesverrat, sondern Landesverletzung.“

Die Begnadigten in Bayern.

F. München, 20. Dezember.

Hitler und Kriebel werden im Laufe des Samstag aus ihrer Festungshaft in Landsberg am Lech entlassen werden. Hitler soll nach einer Meldung im „Bayerischen Vaterland“ die Absicht gehabt haben, in die Schweiz zu ziehen. Er hat diesen Plan aufgegeben wegen der Verdächtigungen und hat sich entschlossen, in Bayern zu bleiben. Auch die Entlassung der übrigen

Begnadigten findet heute mittag statt. Die Begnadigung der wegen Landesverrat Verurteilten begegnet vielfach scharfster Kritik, am meisten in der völkischen Presse. Aber auch in anderen Kreisen empfindet man den Gnadenakt gegen diese Personen als einen ängstliche Rücksichtnahme gegen das geschäftliche Treiben einer internationalen politischen Clique. Weniger Kritik hört man wegen der Begnadigung Mühlhans, den man in München als einen ehrlichen Sozialist einschätzt, der nie persönliche Vorteile in seiner politischen Einstellung geübt hat.

Verschiedene Meldungen

Forkfall der Unbedenklichkeitserklärungen für Pässe.

TU, Berlin, 20. Dez. Bei der Reichsregierung besteht die Absicht, die bisher vorgeschriebenen Sichtvermerke der Finanzämter baldmöglichst schon zum 1. Januar abzuschaffen. Endgültige Beschlüsse hierüber liegen noch nicht vor, sollen aber in den nächsten Tagen folgen.

Die neue österreichische Schillingwährung.

EP, Wien, 19. Dez. In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde das Gesetz über die Schillingwährung in zweiter Lesung in etwas veränderter Form angenommen. Der Bundeshaushalt sowie jeder andere öffentliche Haushalt wird danach nicht, wie in dem ursprünglichen Entwurf vorgesehen war, schon am 1. Januar, sondern erst am 30. Juni 1925 auf die Schillingrechnung umgestellt werden. Ferner wurde der Ausdruck „Stüber“ für den hundertsten Teil des Schillings als Münzeinheit fallen gelassen und wird durch den Ausdruck „Groschen“ ersetzt.

Japan und die neue Abrüstungskonferenz.

TU, Paris, 19. Dez. Die „New York Herald“ aus Ostafrika meldet, hat der japanische Außenminister an den japanischen Botschafter in Washington nachstehendes Telegramm geschickt: „Japan unterstützt im Prinzip den Beschluß des Völkerbundes, für kommenden Juni eine Abrüstungskonferenz einzuberufen. Einen endgültigen Beschluß wird aber Japan erst nach einer sorgfältigen Prüfung der Haltung der anderen Mächte fassen, da die Aufrichtigkeit dieser Mächte von ihnen zweifelhaft sei.“

Schweres Autounfall bei München.

TU, München, 20. Dez. Ein schweres Autounfall ereignete sich auf der Staatsstraße zwischen Rodenheim und Abbing. Ein Wagen der oberbayerischen Ueberlandzentrale verlor die Steuerung und rannte gegen einen Chauffeebaum. Der Direktor der Ueberlandzentrale und ein Papierfabrikbesitzer kamen mit leichten Verletzungen davon, während ein Oberingenieur getötet und der Chauffeur schwer verletzt wurden.

Ein schweres Grubenunglück in Südafrika.

TU, London, 19. Dez. Reuter meldet aus Johannesburg in Afrika, daß sich in der Randfontein-Graube ein schweres Grubenunglück ereignet habe, wobei 31 Bergleute getötet wurden. Von den Rettungsmaßnahmen verpöcht man sich wenig Erfolgs.

Unverkettbarkeiten in Amerika.

TU, New York, 20. Dez. Die Kälte und die Stürme in den mittleren Staaten richten immer größeren Schaden an. Das Thermometer zeigte wieder 30 Grad unter Null. Die telephonische Verbindung zwischen New York und den westlichen Städten ist vielfach unterbrochen.

Wild-West.

WTB, Fort Worth (Texas), 20. Dez. Die Stadt Valley View wurde gestern früh von Banräubern in Brand gesteckt, nachdem diese Einbrüche in zwei Banken verübt hatten. Das ganze Geschäftsviertel ist eingeebnet. Der Schaden beläuft sich auf 100 000 Dollars.



Die „Pyramide“

Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt enthält in ihrer morgigen Ausgabe (Nr. 31) folgende Beiträge: Rudi nach Ägypten. Von Dr. Viktor Joosmann in Dresden. — Deutsche Weihnacht. Von Dr. Hans Benzmann in Berlin. — Deutsche Weihnacht in Ägypten. Im Reich der fünf Meere. Von Dr. Gustav Wanz in Berlin. — Märchenbilder nach Gedicht. Von Toni Rothmund in Emmendingen. — Heilige Nacht. Von Dr. G. W. Geisler (= Kaul) in München.

Der Hammer und der Ebert.

Skizze von Wilhelm Herber.

In einem Waisenhause waren unter den Dachsen drei enge Freunde. Der Rudi, der Hammer und der Ebert. Rudi hatte noch eine Mutter, die in einer guten Familie diente, Hammer und Ebert waren Doppelwaisen. Für den Weihnachtabend wurde Rudi zu seiner Mutter in die gute Familie als Gast geladen. Wie er das eine Woche vorher seinen beiden Kameraden freudetrübend erzählte, sog diese der natürliche Menschennuß an, der in jeder Seele wohnt. Aber es war nicht jener häßliche verbissene Reiz der Erwachsenen, aus dem Heuchelei und Haß entspringen. Der kleine, weiche Kinderreißer ließ bald in ein lebendes Mitgefühl. Es hand so deutlich in den hellen, reinen Knaben-äugen, daß Rudi es dort in der ersten Minute las und verstand. Und seine treue Freundschaft teilte ehrlich mit den zwei anderen. Sie sahen nun zur Freiheit täglich zu und so oft in einem stillen Winkel beisammen und erwoogen genau in lünger Kinderrede, wie es sein und was da geschehen werde,

Sie sahen gemeinsam mit sechs im Dunkel leuchtenden Augen den kahlenden Weihnachtsbaum, der kühnlich wärmer vor ihnen aufwuchs und Sonne in die düsteren schneefernen Weihnachtsstube trug. Sie sahen ein schönes, mit Duft und Glanz erfülltes Zimmer und ältliche Menschen, die lächelnd mit elterngleichen Händen Rudi unter die vom Christkind schwingende, klingende Tanne führten, wo seine Mutter leuchtend Augen in der Ecke stand und ihres Kindes Seligkeit mitgenos.

Auch Hammer und Ebert genossen sie mit. Es freute ihn, wie er das an ihren Gesichtern sah — und es war ihm da, als hätte er gar nicht mit ihnen geteilt. Auch ihnen war so. Es dünkte sie, jeder hätte dem anderen gegeben und sie befähigen nur freudlos.

Der Rudi, der Hammer und der Ebert waren von innen heraus gelungene Jungen, die das Leben wie feste Büben nahmen, denen es einmal nichts schenken, sondern harte Arbeit von ihnen verlangen wird. Dazu gerade wurden sie ja auch erzoogen.

Aber in diesen Tagen war in allen dreien eine garte, milde Vorfreudstimmung, die sie fernhielt von den lärmenden Schneekämpfen der künftigen und ihren Lehrern nicht entging. Die Lehrer kannten die treue Freundschaft des engen Bundes. Sie kannten auch seinen stillen Reichtum. Und sie freuten sich daran.

„Was du...“ sagte Hammer einmal und schweig.

Ebert hatte es doch gehört und nickte eifrig. Rudi wurde rot vor Freude, Stolz und Sorge. Denn auch er hatte herausgehört, was Hammer meinte.

Am nächsten Tage sprachen sie dann schon unverbohlen davon, was Rudi wohl geschenkt erhalten werde. Denn es war ihnen allen klar, er könne nicht leer ausgehen unter dem goldenen Christbaum.

Die Wunschwelt der kleinen bedürfnislos aufgewachsenen Büben war nicht weit. Aber auch in dieser Enge gab es doch so manche Hoffnungen und Erwartungen. Was er dann wirklich bekam, war freilich ganz anders. Es war so ungedacht, so neu und überaus köstlich, daß er im ersten Augenblick die

Menschen um sich vergaß und das Geisicht weit von sich hielt, damit Hammer und Ebert ihm über die Schulter sehen und das Unbegreifliche mitbegreifen, die Herrlichkeit mitbewundern konnten.

Dann erst fiel ihm ein, daß sie nicht da waren. Er erschraf und blickte verlegen auf — mitten hinein in die lächelnden Augen der Spender, in die Tränen der Mutter, die in dieser Stunde voll Glüd war...

Nun sah er in einer Ecke, wo man ihm ein Tischchen mit Kaffee und Badewerk gerichtet hatte.

Vor ihm lag der Malkasten mit den amanzig leuchtenden Farben und den zwei Pinseln — daneben das Deck mit den Kindern, den Vätern, dem Jäger mit dem Hund, dem Hirten mit der Herde, dem Dorf mit Brunnen und Kirche und all den anderen Bildern, die noch rot und leer in kalten schwarzen Rahmen vor ihm standen, aber jetzt bald zu einem farbenleuchtenden glühenden Leben erwachen sollten.

Während er ein Marzipanbrot in den Kaffee tauchte, flogen seine Augen von der Wiege und der Sonne zum Malkasten und suchten das fastige Grün und das kahlende Goldgelb, das Wiege und Sonne sein sollten.

Und er fand jauchsenden Herzens das Gold für den Himmel und das Wiegengrün für die Erde in seinem Malkasten. Alles fand er darin — das weiße Schneefeld, den braunen Wägen, das rote Kirchengelb, den schwarzen Schwornsteinfeger... „Schau Hammer! Ebert, schau! Mit dem Grau da mal ich dem Schäfer den Bart...“

Die Leute drüben am Tisch sahen sich an und schmunzelten, wie sie ihm plötzlich so rufen hörten — und auch sie alle packte plötzlich der Reiz, der Reiz auf den kleinen Jungen dort, der seine eigene, vollkommene Welt besaß, in der's nur Glüd und Freude gab.

Rudi war wieder ernst und still geworden und hatte nach dem zweiten Marzipanbrot geriffen. Schon zuckten ihm die Lippen danach.

Dann nahm er es bedächtig und schon es für den Hammer in die linke Tasche und das dritte in die rechte für den Ebert. Um so besser schmeckte das vierte ihm selbst.

Freilich seufzte er leise dabei. Er sah wohl ein. So ging es nicht: Den Reiter und den Karren und den Papagei und die Ziege — alles selber malen, wie er wohl gewollt und wie er vielleicht auch gekonnt hätte — nein, das ging wirklich nicht.

So seufzte er noch einmal und gab den Reiter dem Hammer und den Karren dem Ebert. Aber den Papagei — den Papagei wollte er malen und ihn mit der ganzen Farbenpracht überstrahlen. Alle amanzig Farben sollten dazu her und der Papagei sollte leuchten, wie noch keiner gezeichnet hatte.

Allerdings wenn am Ende doch der Hammer und der Ebert Absicht auf den Papagei hätten — wenn sie ihn haben wollten... Aber sie wollten ihn nicht.

Als sie am anderen Morgen den Malkasten sahen, waren sie im ersten Augenblick tieftraurig und lästerten, daß sie keine Mutter mehr hatten.

Somit hätten jetzt vielleicht auch sie einen Malkasten beisehen.

Bald aber sahen sie zu dreien beisammen und rieten und malten und bewundern und staunten.

Eins jedoch stand neidlos fest. So schön wie Rudi's Papagei gedieh nichts. Er war ein Wunderwerk... Nein, nein, nein, es ist kein Märchen. Der Rudi und der Hammer und der Ebert leben wirklich in unserer häßlichen neidvollen Zeit. Sie leben, die drei Büben — ja, sie könnten sogar großen Leuten ein Vorbild sein, wenn nur die großen Leute wollten.

Seinen Papagei könnte sich ja trotzdem schicklich immer noch jeder selber malen.

Deutsche Worte.

Die wahre Zukunft kann nur das gemeinschaftliche Erzeugnis der arbeitenden und erhaltenden Macht sein, eben darum sind es nicht die Schwachen, von jedem Evangelium einer neuen Zeit zuerst ergreifen, sondern nur die Starken, zugleich an der Vergangenheit festhaltenden Geister, welche die wahre Zukunft zu schaffen vermögen.

Stilling